

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Die Pfalz treu zum Reich - los von Bayern!

## Selbständige Republik Pfalz! - Bayerische Reichswehr gegen Vossow.

Kaiserslautern, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Hier sind alle Vorbereitungen getroffen, um noch im Laufe des heutigen Tages die Gründung der Pfalzrepublik im Verbands des Deutschen Reiches zu vollziehen. Der Entschluß ist gefaßt worden, weil die Schuld der reichstreuen, republikanischen Bevölkerung der Pfalz dem Münchener Treiben gegenüber erschöpft ist. Auch hier hat infolge des Münchener Vorstoßes die separatistische Gefahr überhand genommen, es kann ihr nur dadurch begegnet werden, daß sich die Pfalz als ein von Bayern losgelöstes Freistaat des Deutschen Reiches konstituiert.

Die Gründung der Pfalzrepublik ist ein Akt der Abwehr gegen den reaktionären Separatismus, ein Akt der Treue zum Reich!

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erzählt, hat ein Teil der bayerischen Truppen in München und anderen Standorten die Verpflichtung für die bayerische Regierung abgelehnt. Dieses Verhalten erfolgte mit der Begründung, daß der Eid auf die Reichsverfassung geleistet sei und nach wie vor die Verpflichtung besteht, an diesem Treuschwur festzuhalten. Dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresleitung sind aus Bayern, insbesondere von Reichswehroffizieren, zahlreiche Treueundgebungen zugegangen.

Diese geschichtlich bedeutsame Nachricht kommt zugleich mit der Meldung, daß die bayerische Reichswehr zu erheblichen Teilen der Verletzung zum Eidbruch Widerstand leistet und dem Reich die Treue hält. Die Herrschaft Kahr's bröckelt an allen Ecken und Enden, und es bedarf nur noch eines kräftigen Nachstoßens, um sie zu erledigen. „Es darf keine Kompromisse mehr geben!“ sagt Hergt. Er hat recht. Durch Kompromisse könnte man seinem Gegner wieder auf die Beine helfen, dessen Rücken nur noch um Handbreite vom Boden entfernt ist.

Die Pfalz ist durch den Münchener Putsch gegen das Reich in eine unhaltbare Lage gekommen, aus der sie sich nicht ohne Konsequenzen zieht. Sie geht den Weg, der ihr durch ihr Lebensinteresse vorgeschrieben ist, von Bayern zum Reich.

Die Pfalz war zum erstenmal schon im 13. Jahrhundert zu Bayern gekommen, sie wechselte auf dem Weg der Erbteilung und des Krieges vielfach ihre Herrscher. Ende des 18. Jahrhunderts wurde sie dann wieder mit Bayern unter einem Herrscherhause vereinigt, sie kam in den napoleonischen Kriegen unter französische Herrschaft und wurde nach den Friedensschlüssen von 1814 und 1815 wieder deutsch, d. h. zum großen Teil bayerisch. Nach dem Weltkrieg geriet die Pfalz unter französische Besetzung, blieb aber ein Teil des Freistaats Bayern. Sie zählt ungefähr eine Bevölkerung von 1 Million, etwa den siebenten Teil der Bevölkerung ganz Bayerns.

Nach der Verfassung hätte eigentlich die Ablösung der Pfalz von Bayern nur in den Formen einer Volksabstimmung stattfinden dürfen, die anzuwenden unter den augenblicklichen Verhältnissen unmöglich ist. Die Pfalz kann sich aber auch nicht verfassungsmäßig an einen Staat gebunden fühlen, der selber die Reichsverfassung bricht. Vor die Wahl gestellt, entweder sich an einem Treubruch gegen das Reich mitschuldig zu machen oder formale Vorschriften für die Erlangung ihrer Selbständigkeit außer acht lassen zu müssen, wählt sie den zweiten Weg, und sie tut damit recht. Sie rettet sich vor bayerischen Separatisten, wie vor französischen Annexionsgelüsten und vollzieht damit vielleicht die entscheidende Tat zur Rettung des Reiches.

Von bayerischer und deutschnationaler Seite wird seit Tagen die Behauptung kolportiert, die Absetzung Vossows sei auf Verlangen der Sozialdemokratie beschlossen worden, gemäßigter als „Kompensation“ für das Einrücken der Reichswehr in Sachsen; mit anderen Worten, Vossow sei dem „Marxismus“ zum Opfer gefallen.

In Wahrheit liegen die Dinge ganz anders: Die Initiative zur Absetzung Vossows ging ausschließlich vom General v. Seeckt im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister Gehler aus. Der Chef der Heeresleitung stellte sich auf den durchaus richtigen Standpunkt, daß er in den Augen seiner Untergebenen ein erledigter Mann wäre, wenn ein ihm untergeordneter General sich einfach über erteilte klare Befehle strafflos hinwegsetzen dürfte, und daß die Folge der Duldung einer solchen Insubordination das Aufhören jeder Disziplin in der Reichswehr sein würde. Gehler schloß sich dieser Auffassung an, und beide erklärten dem Reichskanzler, ihre Ämter niederlegen zu müssen, falls Vossow nicht unverzüglich seines Postens enthoben werden würde.

Die Sozialdemokratie ist durch diesen Entschluß ebenso überrascht worden wie die übrige Öffentlichkeit. Wohl hatte sie sich im ersten Kabinett Stresemann, gleich zu Beginn des bayerischen Verfassungsbruches in den letzten Septembertagen für ein sofortiges und energisches Vorgehen gegen Kahr-Bayern eingesetzt. Sie war leider überstimmt worden, und

auch in den interfraktionellen Verhandlungen bei der Bildung der zweiten Stresemann-Regierung hatte sie nur einen geringen Teil ihrer Forderungen in der bayerischen Frage durchgesetzt. Nun, wo Gehler und Seeckt endlich in Sachen Vossow Ernst machten und wo die bayerische Regierung zum offenen Verfassungsbruch und der bayerische „Landeskommandant“ zur offenen Meuterei aufrief, stellte sie sich auf den Standpunkt, daß jetzt auf keinen Fall und in keiner Weise nachgegeben werden dürfe, sondern unbedingt vorgegangen werden müsse; und zwar nicht allein aus den für Gehler und Seeckt maßgebenden Gründen der militärischen Disziplin, sondern vor allem zur Rettung der Reichseinheit.

Am Sonntag aber kehrte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns von seiner „privaten Vermittlungsreise“ aus München zurück und wußte von einer „Entspannung“ zu erzählen. In einer, übrigens nicht-vollzählige besetzten Kabinettsitzung wurde beschlossen, einer württembergischen Anregung auf Einberufung des Reichsrates Folge zu geben. Die sozialdemokratischen Minister und einige ihrer Kollegen kämpften mit aller Entschiedenheit gegen diese zwecklose und unwürdige Verschleppung einer Angelegenheit, in der es um Sein oder Nichtsein des Reiches geht.

Sie konnten indessen die Erfüllung dieser Formalität nicht verhindern, verwahrten sich aber mit aller Schärfe dagegen, daß aus dieser Reichsratsitzung irgendeine „Vermittlung“ oder „Verhandlung“ abgeleitet werde. Davon gegenüber einer verfassungsbrüchigen Landesregierung und gegenüber einem meuternden General gar keine Rede sein. So etwas käme schon in normalen Zeiten nicht in Betracht und in den gegenwärtigen Tagen erst recht nicht, wo jedes Zeichen der Schwäche eine Ermunterung für die Separatisten am Rhein bedeutet und eine Entmutigung für diejenigen, die unter fremder Besatzung für die Einheit des Reiches ihr Leben einsetzen.

Die Sozialdemokratie hat in vollem Einvernehmen mit ihren Ministern im Reich klar zum Ausdruck gegeben, daß sie eine solche Politik des Lavierens nicht mitmachen würde.

Aber sie steht diesmal durchaus nicht allein auf diesem Boden. Sie weiß sich in dieser Frage einig mit der demokratischen Partei, die, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ berichtet, am gestrigen Tage beim Reichskanzler in dem gleichen Sinne vorstellig geworden ist. Ihre Minister Gehler und Dezer werden ebenso wenig wie unsere Genossen in dieser Frage nachgeben wollen. Ebenso vertritt nach unserer Kenntnis der Dinge der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, noch wie vor den richtigen Standpunkt, daß endlich vorgegangen werden muß; nach den Funktsprüchen des Meuterers ist ein solches Vorgehen unerläßlich denn je; und je weniger gedrögt und „verhandelt“ wird, desto unblutiger wird die Reichsautorität in Bayern wiederhergestellt werden können.

Auf der anderen Seite treten einzelne Kabinettsmitglieder für ein lavierendes Vorgehen ein; das sind die Herren Luther und Koeth, die gar keine politische Partei im Kabinett vertreten, sondern nur ihre persönliche Auffassung. Diese mag in finanziellen oder wirtschaftlichen Dingen von Belang sein, ist in hochpolitischen Fragen aber durchaus unmaßgebend. Und das ist ferner Dr. Brauns, dem man es persönlich in seiner Eigenschaft als katholischer Priester nachsagen kann, daß er sich nach einer Brücke zur Bayerischen Volkspartei sehnt, der aber in seiner eigenen Fraktion politisch vereinsamt steht.

Diesen letzteren Herren zuliebe hat der Reichskanzler Stresemann bisher das Opfer gebracht, daß nicht gehandelt, sondern verhandelt wurde. Nach der heutigen Reichsratsitzung wird sich aber nicht nur das Schicksal des Kabinetts, sondern das Schicksal des Reiches entscheiden. Und da erinnern wir den Kanzler an seine eigenen Worte,

### Die Börse unterm Einheitskurs. Goldanleihe = 65 Milliarden.

Für den heutigen Devisenverkehr war die Tatsache von einiger Bedeutung, daß die Reichsregierung die Nachricht von einer Steigerung des Marktkurses an der gestrigen New Yorker Rohstoffbörse bis zur Dollarparität von 45 Milliarden amtlich verbreiten ließ. Man entnimmt daraus, daß die Interventionstätigkeit der Reichsbank sich auch auf einzelne Auslandsbörsen erstreckt. Außerdem ist es natürlich unter den obwaltenden Umständen verhältnismäßig leicht, durch stärkere Verkäufe von Goldanleihen den Kurs dieses Papiers und damit indirekt die Bewegung der Dollarschwanke und der Devisen zu beeinflussen. Heute schwankte der Kurs der Goldanleihe im Freiverkehr zwischen 64 und 66,5 Milliarden. Die Nachfrage nach Devisen war nicht allzu groß.

Die Effektenbörse erhielt eine starke Anregung durch die überraschend große Geldflüssigkeit, die im Laufe des heutigen Tages eintrat. Die Kurse stiegen auf fast allen Märkten auf das Doppelte bis Dreifache.

die er in seiner Stuttgarter Rede am 2. September präzisiert. „Wir werden mit der Reichsautorität nicht Schindluder treiben lassen!“ Diese Losung nehmen wir auf und wir stehen dafür ein, daß sie endlich wahr gemacht werde!

Der Reichskanzler, der Reichsinnenminister, der Reichsminister für die besetzten Gebiete und der preussische Ministerpräsident werden sich heute abend nach Hagen begeben, um dort mit Vertretern der politischen Parteien und der Berufsstände über die Lage in den besetzten Gebieten zu sprechen. In einer öffentlichen Versammlung, die morgen aus diesem Anlaß in Hagen stattfindet, werden der Reichskanzler, der preussische Ministerpräsident und die übrigen Reichsminister das Wort ergreifen.

Um 12 Uhr mittags begann eine Sitzung des Reichskabinetts, die sich vorwiegend mit der Ernährungsfrage beschäftigte.

### Die rheinischen Putschisten bei Tirar.

Paris, 24. Oktober. (EP.) Der „Petit Parisien“ schreibt, daß das wichtigste Ereignis, das sich am Dienstag abgespielt habe, der Schritt des neuen Direktoriums bei Tirar war. Drei Mitglieder dieses Direktoriums begaben sich zu Tirard und erklärten, daß sie aus patriotischen Gründen sich veranlaßt gesehen hätten, die rheinische Republik zu proklamieren. Die rheinische Republik werde das nötige Veranlassen, um die Bedingungen des Versailler Vertrages durchzuführen und die Besatzungsmächte anzuerkennen. Tirard antwortete, daß er diese Erklärung zur Kenntnis nehmen werde und daß er bis auf weiteres das Direktorium in den Ortshäusern, wo die öffentlichen Dienststellen unter seiner Leitung stehen, als die tatsächliche Regierungsgewalt ansehen werde. Er werde es darum den alliierten Behörden gegenüber für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Gebiete verantwortlich machen. Die Mitglieder des Direktoriums haben daraufhin einen ähnlichen Schritt beim englischen und belgischen Oberkommissar unternommen.

### Coblenz befreit!

Köln, 24. Oktober. (WB.) In Koblenz ist es gelungen, die Sonderbändler wieder aus dem Regierungsgebäude zu vertreiben. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist auch Hergt von den Sonderbändlern wieder frei. Bei den Kämpfen wurden mehrere Personen getötet, darunter der separatistische Bürgermeister von Mänschen-Glabbech. In Düren ist die Lage noch unverändert. Die öffentlichen Gebäude befinden sich noch in der Gewalt der Sonderbändler, welche die Bevölkerung mit Revolvern von der Straße vertreiben haben.

Koblenz, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Koblenzer Schloß mit den Amtsräumen der Regierung war am Dienstag vorübergehend unter französischem Schutz von den Sonderbändlern besetzt worden. Auf dem Gebäude erschien die Sonderbändler-Fahne. Nach etwa zwei Stunden gelang es der Koblenzer Polizei, die Eindringlinge wieder aus dem Schloß hinauszujagen und die Fahne einzuziehen. Weitere Aktionen der schwerbewaffneten Sonderbändler werden bestrafet.

### Französische Bedenken.

Paris, 24. Oktober. (Epa.) Die französische Presse beschäftigt weiterhin mit den Ereignissen im Rheinland, ohne jedoch vollständig endgültig Stellung zu nehmen oder einen übertriebenen Enthusiasmus über die rheinischen Ereignisse an den Tag zu legen. Die „Journe Industrielle“ meint: Das Rätselhafte sei im Augenblick die Haltung Englands. Dieses warte ab und man habe den Eindruck, daß es auch Italien anrate, zu warten. Dieses Wortes könne ebensogut große Verwirrung verbergen als auch die reifende Absicht einer Intervention. Berlioz sucht im „Echo de Paris“ darzulegen, daß die französische Regierung keineswegs an den Ereignissen im Ruhrgebiet wie auch im Rheinland beteiligt sei. (?) Im übrigen versucht er darzulegen, daß die Schaffung einer rheinischen unabhängigen Regierung in diesem Augenblick der französischen Regierung keineswegs angenehm sei. Das Bestehen einer unabhängigen Regierung der Rheinlande ist zur Durchführung der Politik des 11. Januar durchaus nicht notwendig. Es wäre ganz im Gegenteil möglich, daß dadurch in diesem Augenblick die Durchführung des Programms nur verhindert würde. Das Ziel Frankreichs sei die Ausbeutung des Ruhrgebietes in Form verschiedener Abgaben in natura oder in Waren im Betrage von etwa 1 oder 1 1/2 Millionen Goldmark jährlich. Gleichzeitig wolle Frankreich sich des Ruhrgebietes als Druckmittels bedienen, um von Deutschland auf diese Weise eine weitere Zahlung von jährlich 1 bis 1 1/2 Millionen Goldmark zu erhalten. Da dies die Absicht sei, könne eine unabhängige rheinisch-westfälische Republik in der ersten Zeit nur hinderlich sein. Die Sicherheit Frankreichs bestehe nicht durch eine unabhängige rheinische Republik nur dann, wenn diese Republik nicht etwa nur eine vorgetäuschte Tatsache sei, sondern wirklich in der Seele der Rheinländer wurzele; soweit sei man jedoch noch nicht gekommen.

## Der Kampf gegen den Hunger.

### Zu den Maßnahmen der Reichsregierung.

Wenn es nicht gelingt, das Hungergepeinert zu bannen und die bereits ins Unermessliche gestiegene Not der großstädtischen und industriellen Bevölkerung zu mildern, werden alle Versuche zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Deutschland größten Schwierigkeiten begegnen. Wenn der Reichsernährungsminister an die Landwirtschaft soeben einen Aufruf gerichtet hat, der sie dringend zur Bereitstellung der notwendigen Nahrungsmittel auffordert, so ist die Absicht gut, der Erfolg jedoch wird ausbleiben, wenn man nicht die wirtschafts- und währungspolitische Seite der Lebensmittelfrage mit aller Energie ansieht. Der Bäcker kann kein Brot backen, weil ihm das Mehl zu teuer wird, weil sich die von ihm vereinnahmte Papiermark entwertet und die Kunden ihm kein anderes Geld geben können. Und weil der Brotpreis mit dem Dollarstand klettert, die Verbraucher aber nur über Papiermarken verfügen — wenn man von dem schmarozenden Heer der Sachwertbesitzer, die keine Not kennen, abieht — so reicht eben selbst der Lohn mehrerer Tage kaum noch aus, um Lebensmittel für eine einzige Mahlzeit einer größeren Familie zu bezahlen. Die Währungsnot ist das entscheidende Übel. Wenn der Besitz und die Produzenten, ökonomisch mit gutem Recht, die Papiermark zurückweisen und sich gierig auf alle wertbeständigen Papiere stürzen, so muß auch der Arbeiter die Möglichkeit gegeben werden, wertbeständiges Geld zu verdienen und für die goldwertige Arbeit eine goldwertige Gegenleistung erhalten.

Das Problem ist klar und einfach. Unüberwindlich schwer ist in einem Augenblick, wo das Reich vom Zerfall bedroht ist, die Aufrichtung einer endgültigen Goldwährung. Aber in Erkenntnis dessen hat man sich ja bereits zu Zwischenlösungen entschlossen, die wenigstens vorübergehende Erleichterung schaffen sollen. Und diese Zwischenlösungen müssen nun mit größter Beschleunigung auch dem gesamten Warenmarkt und den Verbrauchern zugute kommen, wenn nicht die Warenversorgung zusammenbrechen soll.

Das scheint man auch in der Regierung einzusehen, da man die Absicht ausgesprochen hat, durch industrielle Werte für kurze Zeit und auf der Basis der Goldanleihe wertbeständiges Notgeld ausgeben zu lassen. Man wird nur dafür zu sorgen haben, daß mit derartigen Notgeld nicht ähnlicher Mißbrauch getrieben wird wie seinerzeit mit dem auf Papiermark lautenden Notgeld. Man muß verlangen, daß diese Notgeldscheine in wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reiches gedeckt und jederzeit einlösbar sind. Aber die Schaffung von Kleingeld, das seinen Wert nicht von Stunde zu Stunde verliert, ist die dringende Aufgabe, und darum ist dieser Vorschlag auch grundsätzlich zu billigen.

Die Eingriffe der Regierung in den Devisenmarkt durch die Wiedereinführung der Einheitskurse und die Verordnung zur Sicherstellung des Warenverkehrs sind durch technische Mittel billigenwert, um die Spannung des Augenblicks zu überwinden, aber wirkungslos auf lange Sicht. Man muß dem Verkehr durch Schaffung besseren Geldes mit größter Beschleunigung frisches Blut zuführen, sonst ist der Zirkulationsprozeß der Ware unterbrochen. Man muß aber, wenn man die Warenversorgung sicherstellen will, nicht nur vom Kleinhändler, sondern auch von dem Produzenten der Lebensmittel die Hergabe der benötigten Ware verlangen. An diesem Punkte hat es bisher trotz aller über Bücher und Preistreiber bestehenden Vorschriften sehr gefehlt. Wirklich und ernsthaft vorgehen kann man jedoch auch nur dann, wenn man dem Produzenten nicht die Papiermark aufzuzwingen sucht, sondern ihm einen besseren Gegenwert bietet.

Jedenfalls sollte jetzt ohne Verzug das Mögliche getan werden. Wie der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank Dr. Schaadt vorgestern in einem Vortrag betont hat, ist es technisch möglich, wertbeständiges Kleingeld binnen weniger Tage zu schaffen. Wir verlangen, daß die Regierung hier den Hebel ansetzt, um der Nahrungsmittelnot zu steuern und nicht mehr lange berät, wo die Tat allein gilt.

## Neue Kämpfe in Hamburg.

Hamburg, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Nacht ist ruhig verlaufen, doch wurde sie von den Aufständischen benutzt, um neue Baracken zu errichten. Am 6 Uhr morgens kam es in der Hamburger Straße, der Friedrichsberger Straße, der Volksdorfer Straße und der Südenstraße zu neuen Kämpfen. In den Vormittagsstunden ging die Polizei in der Richtung auf den Osterdickkanal vor. Die Wache 32 ist von Kommunisten umzingelt, man ist um das Schicksal der dort befindlichen Mannschaften besorgt.

### Ein eigenes wertbeständiges Geld.

Hamburg, 23. Oktober. (WZB.) Die Finanzdeputation wird noch im Laufe dieser Woche wertbeständiges Geld ausgeben. Die banktechnischen Vorbereitungen kommen aller Voraussicht nach noch im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß. Es wird dann sehr bald möglich sein, auch die Betriebe mit wertbeständigen Zahlungsmitteln für Lohnzahlungen zu versehen.

Die Schließung von Luxusbetrieben ist angeordnet. Die Notlandskommission des Senats beschloß, an sämtliche Unterstützungen empfangende eine einmalige Unterfertigung von je zwei Milliarden im Rahmen der allgemeinen Wohlfahrtsflüge auszahlen zu lassen. Das Kriegsverwaltungsrat wird die Hamburgischen Badbetriebe durch Neubesetzungen in die Lage setzen, unabhängig vom Dollarstand vom 24. bis 29. Oktober auf Briefmarken ein Einheitsbrot zum Höchstpreis von 4,2 Milliarden abzugeben.

## Zeigner über die Polizeiaktion.

### Wahrung zur Besonnenheit.

Dresden, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstags-Sitzung des Bundtages gab Ministerpräsident Zeigner eine Erklärung ab, in der er sich zunächst noch einmal mit dem letzten Schreiben des Wehrkreiskommandeurs auseinandersetzte. Aus Berlin sei ihm ein Schreiben mit der Versicherung zugegangen, daß es sich bei der Verlegung von Reichsmehrtruppen nach Sachsen um keine Exekutivmaßnahme handle. Die sächsische Regierung wolle daher diese Maßnahme nicht als einen feindseligen Akt betrachten. Wenige Stunden später sei jedoch das bekannte Schreiben des Generals Müller eingetroffen, in dem andere Gründe für den Einmarsch angeführt worden. Auch in seinem Aufruf an die Bevölkerung habe der General die wirkliche Begründung für den Reichswehreinmarsch in Sachsen zu schaffen gesucht. Er, Zeigner, beobachtete trotz der formalen Rechtsgültigkeit aller deutschen Staatsbürger vor dem Gesetz die größte Ungleichheit, Unterschiede, die so groß seien, daß ihnen gegenüber die Gleichheit vor dem Gesetz völlig gegenstandslos erlaube. Die sächsische Regierung sehe fern die unbestreitbare Vorkerrschaft einer Klasse und er bekämpfe diese Diktatur der Minderheit, nicht um eine andere Diktatur zu errichten, sondern um die verfassungsmäßige Gleichheit vor dem Gesetz herzustellen. Der Unterschied zwischen der Berliner und der Müllerschen Erklärung sei unbestreitbar; er glaube der Berliner Erklärung. Mit Sorge sehe das sächsische Kabinett, daß das Reich rücksichtslos über die sächsischen Lebensinteressen und die politische Eigenart sowie die in der Verfassung verbrieblene Rechte hinweggehe. Dieser Feststellung müsse er hinzufügen, daß kein anderes Land sich rühmen könne, mehr in Treue zur Verfassung getan zu haben als Sachsen. Mit grenzenloser Bitterkeit müsse er außerdem feststellen, daß in Berlin offenbar nur der Gehör und Achtung geniesse, der sich über die Verfassung und Lebensinteressen des deutschen Volkes dreist hinwegsetze. Der Ministerpräsident wandte sich weiter gegen die bürgerliche Hege gegen Sachsen. Eine Unbesonnenheit von irgendeiner unverantwortlichen Seite könne zur Folge haben, daß plötzlich das ganze Land in Flammen stehe. Zum Schluß richtete Zeigner die dringende Mahnung an die sächsische Bevölkerung, die Leiden des Landes nicht durch Unbesonnenheiten zu vermehren.

Die politische Aussprache über diese Erklärung des Ministerpräsidenten wurde auf Donnerstag vertagt.

Für die kommunistische Fraktion gab Abg. Sievers eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Die Reichsregierung schiebt anstatt Brot Soldaten. Durch die Truppentransporte wird nicht nur die Bevölkerung aufs härteste benutzigt, durch sie werden die Getreidetransporte verhindert. Wir verlangen, daß endlich die Reichsregierung Brot und Kartoffeln nach Sachsen schickt. Die Reichsregierung ist verantwortlich für die Zustände, die sich in Sachsen entwickeln. Durch die Reichsregulierung werden Hunger und Elend vermehrt, die Ordnung der Generale

kann nur die Ordnung der blutigen Unterdrückung sein. Das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen ist um so ungeheurer, wenn man im Gegenjah dazu ihr Verhalten gegenüber Bayern betrachtet. Die Republik ist in Gefahr. Wir verlangen von den proletarischen Regierungen Mitteldeutschlands, die Arbeiter zum Generalstreik aufzurufen. Die SPD fordert die Arbeiterschaft auf, sich nicht in einzelne militärische Kämpfe mit der Reichswehr einzulassen.“

Im Verlauf der weiteren Sitzung wurde der Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung mit dem vormaligen Königshaus beraten. Danach verzichtet der vormalige König auf alle Rechte an dem Staatsgut einschließlich des Domänenbesitzes. Der Freistaat Sachsen überläßt dafür dem Familienverein Haus Wettin, Albertinische Linie, G. B. die Kurlandburger Domänengrundstücke, darunter Schloß Kurland mit Ausstattung und einige Forstrentiere als Eigentum. Weiter erhält der Familienverein eine Barabfindung im Betrage von 14 Millionen Mark samt Zinsen zu 5 Proz. vom 1. Juli 1920 ab. Dem vormaligen König wird auf Lebenszeit die Ausübung des Jagdrechts in fünf Revieren eingeräumt. Ministerpräsident Zeigner begründete die Vorlage und bat um ihre schnelle Verabschiedung, damit endlich Klarheit geschaffen werde. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage dem Rechtsausschuß überwiesen. Es begann die Diskussion über die Ernährungsfrage.

## Beamtenabbau und Spitzenverbände.

Im Reichsfinanzministerium fanden am 22. und 23. Oktober Verhandlungen über die geplante Personalerminderung bei den Behörden und in den Staatsbetrieben statt. Nachdem die Vertreter der Regierung über die beabsichtigten Maßnahmen Aufklärung gegeben hatten, wurden von den Vertretern der Spitzenorganisationen Gegenorschläge gemacht. Die Gegenorschläge der Organisationen, die weitgehendstes Verständnis für die Absichten der Regierung besaßen und zum Teil — z. B. in der Höchstaltersgrenze und in der Erleichterung des freiwilligen Ausscheidens — über die Vorschläge der Regierung hinausgingen, wurden in ihren wesentlichen Teilen von den Regierungsvertretern nicht angenommen, so daß die Besprechungen zu keiner Einigung führten. Von den Spitzenorganisationen wurde schließlich folgende gemeinsame Erklärung abgegeben:

„Die Organisationen wiederholen die Erklärung, daß sie gegen die von der Regierung geplanten Maßnahmen die ernstesten Bedenken erheben. Nach der Auffassung der Organisationen kann ein Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben erst dann vorgenommen werden, wenn durch organisatorische und gezielte Reform die Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Der unangelegte Weg beschwert in dieser schwersten Zeit alle Befahren planlos Handelsberauf, ohne die auch von den Organisationen erstrebte Gesundung des Reichshaushaltes herbeizuführen. Trotz allem haben die Organisationen den ersten Willen zur Mitarbeit bekundet. Sie haben ihrerseits Vorschläge unterbreitet, die geeignet waren, die schlimmsten Härten des Regierungs-vorschlages zu mildern, ohne den von der Regierung angestrebten Zweck zu vereiteln. Zu ihrem Bedauern müssen die Organisationen feststellen, daß die Vertreter der Reichsregierung den Vorschlägen der Organisationen in allen wesentlichen Punkten ihre Zustimmung verweigert haben. Bei aller Würdigung staatspolitischer Notwendigkeiten lehnen die Organisationen unter diesen Umständen die ihnen bekannt gegebenen Vorschläge einmütig ab.“

Die Verhandlungen wurden darauf als beendet erklärt.

## Die Wahlen in Oesterreich.

Wien, 24. Oktober. (Korrbureau.) Die endgültige Feststellung des Wahlergebnisses für den Nationalrat liegt noch nicht vor. Da sich in einzelnen Wahlkreisen eine Nachprüfung der Zählung als notwendig erweist, wird die endgültige Feststellung erst in den nächsten Tagen erfolgen. Das Gesamtergebnis, wonach die Regierungsparteien zusammen mit dem Landbund über drei Fünftel der 165 Mandate, die Sozialdemokraten über zwei Fünftel verfügen werden, wird sich jedoch nicht mehr wesentlich ändern. Nach dem Stimmverhältnis gewinnen bei einem Gesamtzuwachs an abgegebenen Stimmen von rund 10 Proz. gegenüber 1920 die Christlichsozialen rund 13 Proz., die Sozialdemokraten rund 12 Proz., während die Großdeutschen 34 Proz. ihrer Stimmen verlieren.

## Minna von Barnhelm tröstet.

(Staatstheater.)

Wenn die Dame in Trauer dem Major von Tellheim ihre Armut und ihr Unglück beichtet, dann denkt der Zuschauer: Frauen ebenso wie ich, eben so hilflos, nur noch viel abgerissener und hungriger, stehen jetzt an allen Straßenecken deutscher Städte. Diese alten Frauen strecken kaum die Hand aus, doch ihre von den Tränen ermüdeten Augen und die Wangen, die abgezehrt und höhl sind, deuten genugsam an, welches Mitleid sie erbitten und verdienen. Früher war diese Dame in Trauer nur eine episodische Figur, um das Spiel von dem herrlichsten Optimismus ein wenig in Gang zu bringen. Heute ist die schwarze Frau, für die Frau Reichsbesitzerin geradezu zur Spezialität geworden ist, schon längst verschwunden, doch ihr düsterer Schatten geistert noch immer über die Bühne.

Das heißt: wir schleppen unsere Sorgen ins Theater. Die Sorgen, die kein Gramm an Gewicht und Behändigkeit eingebüßt haben, und jede Sekunde in die ruhebedürftigen Gedanken hinein-dämmern. Wie wäre es verzaubernd, wenn diese Qual aufgehört, und die Erlösung würde gedankt dem Theaterstück, das die Künstler spendeten! Es kam aber nur eine teilweise Befreiung. Minna von Barnhelm tröstete trotzdem drei Stunden lang. Ihr Optimismus kämpfte gegen die schweren Herzen, und er siegte. Gerade das kleine Schicksal, das sich bei dem Fräulein von Barnhelm und dem Major Tellheim zum Guten wendet, ergreift, erheitert und ermuntert. Zur Erkenntnis und Belebung weltgeschichtlicher und weit ausschauender Ereignisse ist uns, den Enttäulten, denen kein Notkoffer mehr beibringen will, schon die letzte Sinnheiligkeit verloren gegangen. Die meisten Zuschauer im Theater erwarteten ihr Glück nicht mehr von der großen Gerechtigkeit, sondern von irgendeinem Zufallsstreich, von dem Hauptgewinn aus irgendeiner Lotterie, von der Geberlaune irgendeines Onkels, der aus einem fremden Lande mit der großen Kasse herbeikommender sollte. Nun, der reiche Onkel, der im Stüde ja Graf von Bruchsal heißt, zog wirklich ein mit Risten und Koffern, märchenhaft und wie ein Nabob. Die Josen und die Hausknechte ließen ihm voraus, der Gastwirt führte atemlos und gestikulierend den ganzen Trupp an.

Es war wirklich seltsam, die Sorgen abzustößen, wenn auch die Kunstmittel, ausgedacht von dem Regisseur Jürgen Fehling, sehr herb und nicht ganz einwandfrei waren. Den deutschen Regisseur verführte der Stil, den sie heute im sowjetischen Ausland pflegen. Man erhebt dort das festgebundene Dichtermotiv durch laute Stageschlammerei. Das ließe sich vielleicht bei Böden verteidigen, deren Herz und Zunge nur ein Zufallsstreich ist, doch bei Fehling wirkt solch Verfahren, mag es auch noch so phantasievoll losstürmen, beinahe wie Leichfertigkeit. O ja, Regisseur, die Kneber und die Minder der Komödianten bewahren, daß die ganze Truppe dem Mitleidlichen entführt wird! Doch den Respekt vor dem Geist nicht vermissen, auch vor dem Zeitgeist nicht, auch vor dem Kostengeist nicht, wenn er durch den Dichtergeist geädelt wurde! So wäre zu sagen, daß „Minna von Barnhelm“ zum Teil ein Mißverständnis ist. Darum müßte sich das Fräulein in vielerlei Zurückhaltung von ihrem kammerlähnlichen Franziska unterscheiden. Die Virtuosität des Fräulein

Straub, ihre Bezwungenheit, wenn sie aus einer angeborenen Dämonie im Klaren und Natürlichen ausblühen soll, war dem Regisseur im Wege. Minna von Barnhelm darf nicht raffiniert sein, auch keine Männerjägerin auf Abenteuer, sondern das reinste Herz hat allein alle Ränke zu erfinden. Natürlich hätte es Fräulein Mannheim als Jöhchen Franziska leichter, dafür steht sie aber auch nur im Schatten ihrer Herrin. Gefällig, niemals auf den Mund gefallen und in den kleinen Schelmereien durchaus tapfer, das ist Fräulein Mannheim, die man häufig am Staatstheater mit tragischen Rollen überlastet. Wer wäre fähig, die Grabrede des Majors Tellheim aus der Bestiglichen Unerbittlichkeit ins Milde umzuschmelzen? Dieser Held bleibt ein Theaterheld. Und Karl Ebert ließ ihm eine beinahe gewinnende Haltung. Herr Schred, der Buchmeister, Herr Walter Werner (Auff), sie warfen sich sonatisch auf die Pointen, ohne allzu störend zu übertreiben. Herr Cronau, der Wirt, überstülpte keine Rolle. Dieser gerissene Herbergssooter ist beileibe kein Filizius, wie Herr Cronau durchaus wollte. Auch hier ein Fortissimo, wo das Scherzo genügt hätte.

Max Hochdorf.

## Deutsche Kunst im Ausland.

Das Mitglied des Senats der Akademie der Künste in Berlin, Prof. Amersdorffer, ist wie „Giornale d'italia“ meldet, soeben in Rom eingetroffen, um persönlich die Ordnung und Aufstellung der deutschen Abteilung in der bevorstehenden Zweijährs-ausstellung zu überwachen. Deutschland will hier einen Ueberblick über die Entwicklung der künstlerischen Bewegung in den letzten siebzehn Jahren bieten. Es werden Bilder von Feuerbach, von Menzel und Max Slevogt, daneben Arbeiten von den Modernen bis zu Kokoschka ausgestellt sein. Die Berliner Nationalgalerie entsendet zu diesem Zweck nach Rom die „Kanna“ von Feuerbach, die „Venus in der Ruchel“ von Max Klinger, „Lebering und Kind“ von Max Liebermann, das „Atelier des Künstlers“ von Menzel, während die Hamburger Kunsthalle durch das Bild Dr. Kautzris von Leibl, die „Coc von Liebermann und das „Bauerntheater in Tivol“ von Menzel vertreten sein wird. Auch die deutschen Privatkollektionen beteiligen sich durch Entsendung von Bildern an der Ausstellung. Daneben wird auch die plastische Kunst durch Arbeiten von Gaul, Klimsch, Lederer, Wackerle und anderen vertreten sein.

Nach dieser Meldung zu schließen, scheint die offizielle deutsche Kunstpflege nach Inkraftsetzung des Grundgesetz festzuhalten, auf internationalen Veranstaltungen vorwiegend die Kunst von gestern zu präsentieren. Menzel, Liebermann, Slevogt, Leibl, Klinger, Gaul und Lederer dürfen sich gewiß überall leben lassen und werden der deutschen Kunst nirgends Unehre machen. Es geht aber nicht an, daß man einen Ueberblick über die Entwicklung der letzten siebzehn Jahre mit Kokoschka abschließt. Es gab und gibt in Deutschland auch Künstler wie Franz Marc, Feininger, Klee, Pechstein, Schmidt-Rottluff, Lehndruck — um nur ein paar der Größten zu nennen —, die die Kunst von heute vertreten und die einem internationalen Publikum offenbaren würden, daß das deutsche Volk, trotz aller furchtbaren Rote der Gegenwart, in der

Kunst sich nicht nur auf der alten Höhe gehalten hat, sondern an der Spitze der Kulturvölker marschiert. Indem die amtlichen Arrangements unserer römischen Ausstellung auf diese moralische Erörterung verzichteten, die übrigens auch von nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Folgen begleitet sein würde, haben sie der deutschen Kunst, die sie pflegen sollten, einen schweren Ideellen und materiellen Schaden zugefügt.

J. S.

**Steglicher Hauptmann-Ragout à la „Biberpelz“.** Von den untererkrankten Gelehrten werden immer noch Gedanken von überraschender Fröhlichkeit geboren. Das ist tröstlich in unserer armenigen Zeit. Ein Herr Karl Tiesch hatte die beispiellos originelle Idee, aus einer anerkannt guten Komödie ein schlechtes Amüsterstück zu machen. Er schrieb „Die Berücke“, die Komödie einer diebischen Gerechtigkeit! und war so distret zu verschweigen, daß bei der Geburt der „Berücke“ der „Biberpelz“ von Gerhart Hauptmann Bate gestanden hätte. Bei Tiesch kommen ziemlich alle Personen vor, die wir aus dem „Biberpelz“ kennen, die Mutter Wolfen heißt Frau Jungnickel, der Schiffer Emil Schiffer Paule und so. Ganz leht sich Herr Tiesch allerdings nicht an seinen Kollegen Hauptmann an. Seine „Berücke“ verzichtet im Interesse des knalligen Effekts auf didaktische Qualitäten und auf Logik. Und damit es die Zuschauer leichter mit dem Denken haben, sagen die handelnden Personen gleich, was für Charaktereigenschaften sie besitzen und was für Motive ihr Handeln bestimmen. Daher hat das Publikum keine Mühe, herauszufindeln, wer auf den Landrat den Raubüberfall begangen hat. Nur der Landrat selbst ist zu blöde dazu, er schenkt dem Hebelstater sein besonderes Vertrauen. Also gar nicht viel anders als im „Biberpelz“.

Die Aufführung war vorzüglich für Steglicher Bedürfnisse eingestell. Fotte Reineden gab eine resolute Pseudo-Wolfen und Karl Friedau einen naturredten jovialen Amtsvorsteher. Der Direktor Barzhold, der es erst vor vierzehn Tagen mit Gerhart Hauptmann versucht hatte, scheint sich für Hauptmann-Erfah mehr zu erwärmen.

Dgr.

**Der Weltverbrauch an Elektrizität.** Unter den Staaten der Welt verbrauchen nach einer Zusammenstellung des „Scientific American“ am meisten elektrischen Strom die Vereinigten Staaten, nämlich 49.802 Millionen Kilowatt jährlich. Dann kommt Deutschland mit 8600, Japan mit 6925, Großbritannien mit 6400, Frankreich mit 3410 Millionen Kilowatt. Italien verbraucht 3490, die Schweiz 2700, Schweden 2144, Norwegen 1331, Spanien 1000 Millionen Kilowatt im Jahr. Ganz anders aber gestaltet sich die Reihenfolge, wenn man nicht den jährlichen Gesamtverbrauch der Länder, sondern die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Menge berechnet. Danach leistet sich die Schweiz den größten Luxus an Elektrizität mit 700 Kilowatt pro Kopf, dann kommt Kanada mit 612, Norwegen mit 493, die Vereinigten Staaten mit 472, Schweden mit 364 Kilowatt. Jeder Franzose verbraucht 147 Kilowatt, jeder Deutsche 141 und jeder Bewohner von Großbritannien 139 Kilowatt.

**Volksbühne.** Am Vortrag von Prof. Leo Feistenberg am 29. Oktober, abends 8 Uhr im Beckstein-Saal, nord-Kammerlähnlich „Die Wölfe“ in einer Robert Schumanns „Nieder-Rochus“ „Traum und Liebe und Leben“ folgen.

## Wertbeständiges Notgeld.

Umlich wird gemeldet:

Der Reichsfinanzminister hat die Regierungen der Länder benachrichtigt, daß für die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes folgende Bedingungen gelten:

1. Das Geld muß auf Teile der Reichsgoldanleihe lauten und das Recht geben, in Reichsgoldanleihe oder den entsprechenden Gegenwert umgetauscht zu werden.
2. Der Gesamtbetrag des ausgegebenen Geldes ist vor Ausgabe zu decken durch Hinterlegung des entsprechenden Goldanleihebetrages bei der zuständigen Reichsbankstelle oder einer vom Reichsminister der Finanzen bestimmten anderen Stelle auf ein Konto, das zugunsten des Reichsministers der Finanzen gesperrt wird. Sind Goldanleihebände nicht verfügbar, so sind Interimscheine bei der Reichsbank zu erwerben. Jede andere Deckung als durch Hinterlegung von Goldanleihe ist ausgeschlossen.
3. Jede Ausgabe bedarf der Genehmigung durch den Reichsminister der Finanzen. Die Notgeldscheine müssen den Vermerk tragen: Genehmigt durch den Reichsminister der Finanzen.
4. Der Antrag muß durch die Landesregierungen beim Reichsfinanzministerium gestellt werden. Für beschleunigte Erledigung ist Sorge getragen.

## Die Putschisten von Küstrin.

Buchruder, v. Graefe und Hiltner. — Graefe kniebt.

In dem Küstriner Putschprozeß behauptete der Angeklagte Oberleutnant Boigt am Dienstag, er habe am Vormittag des 1. Oktober von der Kommandantur den Befehl zur Waffenabgabe erhalten, und dieser Befehl sei dann im Laufe des Nachmittags ausgeführt worden. Am Abend des 1. Oktober habe er sich mit einem Offizier der Kommandantur im Auto zu der Abteilung begeben, die von Major Herzer nach Gorgast beordert war, um den dortigen Kompagnieführer, einen Oberleutnant, von der Lage in Kenntnis zu setzen. Als er dort ankam, sei die Kompanie gerade im Begriff gewesen, auf zwei Lastautos nach Küstrin abzurücken. Der Kompagnieführer habe aber dem Kommandantur-Offizier die Versicherung gegeben, daß er nichts gegen die Reichswehr unternehmen wolle, sondern lediglich von Buchruder Aufklärung verlangen werde. (Zu dem Zwecke mußte also die ganze Kompanie nach Küstrin fahren! Red.) Als dann eine Abteilung in Küstrin ankam und in den Zeughof einrückte, eröffnete die vor der Kommandantur aufgestellten Maschinengewehre das Feuer auf die einrückende Abteilung. Unter den zu der Verhandlung geladenen Zeugen befand sich auch der deutschösterreichische Reichstagsabgeordnete v. Graefe, der es aber in einem Schreiben an das Gericht abgelehnt hat, in Kottbus zu erscheinen. Er beruft sich dabei einmal auf die Ueberfülle parlamentarischer Arbeiten, die ihm obliegen, sodann aber auch auf Artikel 38 der Reichsverfassung, auf Grund dessen man ihn nicht zum Erscheinen zwingen könne.

v. Graefe sollte darüber vernommen werden, ob es richtig sei, daß Major Buchruder in einer Besprechung im Bureau der drei völkischen Abgeordneten in der Dehmer Straße 6 gegenüber v. Graefe zum Loslösen gedrängt habe, worauf dann beide nach München gefahren seien, um dort mit Hiltner und Ludendorff Rücksprache zu halten. Buchruder hat bei seiner Vernehmung diese Darstellung entschieden in Abrede gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat sich gegenüber dem ablehnenden Bescheid des Herrn v. Graefe weitere Dispositionen vorbehalten. Nach einer kurzen Pause wurden dann die letzten Angeklagten vernommen.

Die heutige Vormittags-Sitzung brachte als wichtigstes Moment die Aussage des Festungskommandanten von Küstrin, Oberst Gudovius. Der Oberst schildert, wie am Morgen des 1. Oktober Major Herzer ihn in seiner Wohnung anrufen und um eine Unterredung mit ihm und Buchruder gebeten habe. Er habe dann die beiden Herren in der Kommandantur in Gegenwart seines Stabes empfangen. Dort habe ihm Buchruder eröffnet, daß gegen ihn, Buchruder, ein Haftbefehl vorliege, daß er sich infolgedessen sichern müsse und die (bereits bekannten) militärischen Maßnahmen dazu getroffen habe. „Für mich, so erklärte Oberst Gudovius,

handelte es sich damit um die ungläubliche Tatsache, daß meine Forts, daß die unter meinem Kommando stehende Festung Küstrin der Reichswehr, des Bollwerks des deutschen Staates, von fremder Hand besetzt worden war.

Dieses Faktum beherrschte mich vollkommen. Ich habe mich nicht um die Gründe und Motive gekümmert, die Buchruder für sein Unternehmen angeführt hat. Das war mir alles ganz gleichgültig. Ich stellte die Frage unserer militärischen Siderheit in diesem Augenblick über alles andere und deswegen kann ich mich an alle Einzelheiten meiner Unterredung mit Buchruder nicht mehr ganz erinnern. Für mich gab es nur eines, es mußte sofort gehandelt werden, um diese ungläubliche Tatsache unverzüglich aus der Welt zu schaffen. Um Verstärkungen heranziehen zu können, mußte ich allerdings zunächst Zeit gewinnen und habe die Unterredung in die Länge gezogen, nachdem ich meine entsprechenden Anweisungen erteilt und Buchruder für verhaftet erklärt hatte. Buchruder wollte immer wieder mich zu seiner Auffassung bekehren, ich habe mich aber auf nichts eingelassen und jede Verhandlung mit ihm abgelehnt. Hätte Buchruder Gewalt angewandt, dann hätte ich ihn kurzerhand niedergeschossen. Mein Zimmer hätte er lebend jedenfalls nicht mehr verlassen, denn der Weg ins Freie hätte über meine Leiche und über die Körper meiner Offiziere geführt.“ Weiter befandete der Oberst, daß er den Einbruch gehabt habe, das ganze Unternehmen Buchruders sei ziemlich improvisiert gewesen, Buchruder habe sich infolge des Haftbefehls auf jeden Fall in einer verweirtesten Stimmung befunden. Daß seine Maßnahmen vom militärischen Standpunkt aus unzureichend waren, könne mit der Annahme erklärt werden, daß Buchruders Rechnen vollkommen verlag hätte. Die weiteren Befundungen des Zeugen über die Forderungen, die Major Buchruder ihm bei dieser Unterredung gestellt hat, fallen unter das Schweigegebot und können insofern nicht erörtert werden. Im allgemeinen hat Oberst Gudovius dieselben Befundungen gemacht, wie in der Voruntersuchung, auf die dann die Anklage aufgebaut worden ist.

## Märchenland.

Kinder in Scharen. Hinein in die schöne Kula des Treptower Realgymnasiums. Stimmengewirr, freudige Erwartung, glänzende Augen. Daheim ist Schmalhans Rüchenermeister. Unterernährung verflümmert nun schon so lange junge Menschenkörper. Daß unsere Jugend, die Hoffnung einer ganzen Welt, nicht auch hungern nach geistiger Nahrung! Bücher sind seltene Schätze geworden. Viele Wünsche nach dem papiernen Märchenwunder müssen unerfüllt bleiben. Was nicht jedem Kinde das Buch gewähren kann, soll die Sprache ersetzen. O ja, es war schön, wunderschön, wie wir Alten einst im Winkel hockten, alles um uns her vergaßen und herrliche Kunde von Feen und Zwergen verschlangen. Ist's nicht auch schön, mühsenwillig zu hören, was die Märchentante erzählt? Werden nicht wir Alten wieder jung dabei mit den Jungen? Lebendig quellen seltsam Wort aus bereitem Munde, formen sich lebendig zu wunderbaren Gestalten. Was der Kindkopf oft mühsam buchstabiert und sich in seiner Eigenart zurechtlegt, ist in der Sprache gleichzeitig zu Hunderten von Kindern Leben geworden Märchenpoesie. Das war das geistige Tischleindeckchen, das kürzlich das rührige Bezirksjugendamt Treptow bereitet hatte. In zwei großen Gruppen folgten die Treptower Kinder dem Wehrer, erst die 6- bis 10jährigen, zwei Stunden später die 10- bis 14jährigen. Ergötzlich liebte die Kleineren, nachtendliches die Größeren. So kündete es schlicht und herzgewarmt Genosse Stadtrat Peters seinen betretenen Scharen. Wenigstens für Stunden sollte die Jugend sich hinwegsetzen über die Grausamkeit unserer Tage und in herrlichem Fluge vom Erdeneis ins Märchenland hinüberfliegen. Jabel dämpfte die Sorgen des Heims, helle Freude zeichnete auf schmalen Antlitz im Geiste wieder des Lebens Schönheit.

## Wieder neue Verkehrsstarife.

Die rasend sich vollziehende Markenerwertung nötigt die Verkehrsunternehmungen ab morgen zu neuen Fahrpreiserhöhungen. Die Hoch- und Untergrundbahn wird folgende Fahrpreise nehmen: dritter Klasse 500 und 800 Millionen Mark, zweiter Klasse 700 und 1000 Millionen. Blinks zu zehn Karten kosten dritter Klasse 4,200 und 6,700 Milliarden, zweiter Klasse 5,900 und 8,400 Milliarden. Wochenkarten zu 12 Fahrten kosten für die ganze Strecke dritter Klasse 6,700 Milliarden, zweiter Klasse 8,400 Milliarden.

Die Straßenbahn wird für einen Umsteigefahrchein 800 Millionen, für einen Kinderfahrchein 400 Millionen, für einen Hochbahnsteigefahrchein 1,300 Milliarden nehmen. Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wird der Mindestpreis der Einzelkarte vom 25. Oktober ab auf 200 Millionen Mark in der dritten Klasse und 300 Millionen Mark in der zweiten Klasse festgelegt. Der Zonenabstand beträgt in der 3. und 2. Klasse 60 und 90 Millionen Mark.

## Sühne für einen Museumseinbruch.

Die Kunstschätze verloren.

Der dreiste Einbruch in das Museum der jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße, durch den Kunstschätze von unersehbarer und unschätzbarem Werte vernichtet worden sind, kam vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zur gerichtlichen Sühne. Die angeklagten Einbrecher Schütz, Loos, Schneider und Freier, sämtlich vielfach vorbestrafte „schwere Jungens“, waren im allgemeinen geständig, haben aber die Hauptschuld auf einen abwesenden Einbrecher namens Groß. Die Strafkammer erkannte auf recht schwere Strafen. Es erhielten Schütz 3 Jahre, Loos und Schneider je 6 Jahre, Freier 2 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust. Eine Frau Benke kam wegen Begünstigung mit drei Monaten Gefängnis davon.

Groß, Schütz und Freier hatten den Einbruch von langer Hand vorbereitet. Schon Ende April hatten sie versucht, in die Museumsräume einzudringen. Die festen Türen und guten Schloßer setzten ihrem weiteren Vordringen aber ein unüberwindbares Hindernis entgegen, so daß sie unrichtiger Sache abziehen mußten. Sie gaben aber den Plan nicht etwa auf. In einer Herberge vereinigten sich dann Schütz, Loos, Schneider und Groß und gingen kurz vor 7 Uhr, ehe die Tür geschlossen wurde, zu zwei und zwei in kurzen Zwischenabständen in das noch offene Haus Oranienburger Str. 29. Mit einem Dietrich wurde die Bodentür geöffnet und die Einbrecher hielten sich bis 11 Uhr abends dort versteckt. Dann wurden Schütz und Schneider von den beiden anderen vom Dach aus an einer Wäscheleine auf das Dach des Nebenhauses herumergeklommen und alsdann, nachdem die anderen nachgegangen waren, wiederum an einer Leine zu dem betreffenden Fenster des Museums herabgelassen. Mit einem Stemmmeißel erbrachen die Diebe die Schränke und stülten die mitgebrachten Kundsche mit den Kunstgegenständen. Auf demselben Wege nahmen sie den Rückzug. Auch die schweren Gepäckstücke wurden mit der Leine hinaufgezogen. Als Beute fielen ihnen in die Hände 14 wertvolle silberne Becher, Kelche, Leuchter, Teller, alte Münzen und viele für den Gottesdienst bestimmte Geräte aus Silber, Messing und Zinn. In der Münzstraße, Gormannstraße und Schönhauser Straße wurde das Diebesgut verkauft. Die unersehlichen Kunstschätze sind auf diese Weise verloren gegangen.

## Der Raubmord in Schöneberg.

Zu dem Raubmord in Schöneberg hat die Kommission festgestellt, daß Profig in der letzten Zeit auch abends öfter vor dem Metropoltheater Eintrittskarten an Unterhändler abgeben hat. Unter diesen befanden sich auch wieder die beiden, die seit etwa 1 1/2 Wochen, dem Tage, an dem der Besucher bei Profig von dem Wohnungsinhaber abgewiesen wurde, sich nicht mehr haben sehen lassen. Es ist weiter ermittelt, daß Profig nach Erledigung seiner Geschäfte oft in gewissen Lokalen im Westen verkehrte und auch in der Gegend des Hafenspieler Leute suchte, die seinen Reigungen entsprachen, darunter auch Biertrinker. Die Kommission hat auch gewisse Bälle besucht und dabei einige Anhaltspunkte gefunden. Das Erscheinen der Kommissare erregte unter den Gästen einige Aufregung. Unter denen, die als verdächtig angesehen wurden, befand sich auch ein Berliner Schabrewski, der seit längerer Zeit arbeitslos ist und Erwerbslosenunterstützung bezog. Trotz dieser Lage bewirtete er in einem Lokal seine Gäste mit Kaffee und Kuchen, und bei ihm fand man nicht weniger als 30 Dollar in Schatzversteckungen. Es steht noch nicht fest, woher er diese nicht unerhebliche Summe erhalten hat.

## Aushebung eines Metallhehlernestes.

Ein großer Hehlbetrieb wurde in Roabit entdekt und ausgehoben. Kriminalbeamte beobachteten seit längerer Zeit, daß bei einem Wirtshaus in Roabit allerlei verdächtige Gestalten ein- und ausgingen. Sie schritten endlich zu einer Durchsuchung seines Lagers, das nur Almetalle enthalten sollte, und fanden neben diesem auch eine ganze Menge Metallfabrikate aus den besten Metallen, die aus den Beständen der Reichspostverwaltung, der Straßenbahn, der Gaswerke und größerer Privatfirmen herrührten. Acht Zentner wurden beschlagnahmt. Das konnte aber nach dem regen Verkehr, der bei dem Wirtshaus herrschte, noch nicht alles sein, was er vorrätig hatte. Die Beamten ermittelten dann auch, daß er, während nur sein Roabit-Betrieb angemeldet war, noch ein zweites heimliches Lager in der Stadt unterhielt. Wenn er angebliche Almetalle in größerer Menge erhielt, so ließ er die besten Sachen, besonders auch die Metallfabrikate mit Wagen und Handwagen sofort nach diesem Geheimlager bringen. Hier wurden noch weitere 20 Zentner beschlagnahmt, im ganzen für 5 bis 6 Millionen. Der Wirtshaus-

muß sehr wohl gemerkt haben, was er kaufte und verkaufte. Es kann ihm sicherlich nicht entgangen sein, daß es zum größten Teil nicht Almetalle, sondern Halbfabrikate war. Er wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Wertbeständige Wertstarife.

Die Wertdeputation beriet heute erneut über Festsetzung der städtischen Tarife. Die Festsetzung der Preise für Gas, Wasser und Strom am letzten Sonnabend konnten nur den letzten amtlichen Dollarkurs von 12 Milliarden der Berechnung zugrunde legen. Die Tarif hat sich bekanntlich seitdem um ein Vielfaches verschlechtert. Einstimmig wurde die Aufrechterhaltung der wöchentlichen Preisfestsetzung nicht mehr für möglich erachtet. Vielmehr herrschte Uebereinstimmung, daß von Beginn der nächsten Woche an die Preise in kürzerem Zeitraum, wenn möglich täglich auf wertbeständiger Grundlage zu ermitteln seien. Außerdem sei bei der neuen Regelung unbedingt darauf zu sehen, daß der Tag des Einganges des Rechnungsbetrages ausschlaggebend sei für die Höhe des Umrechnungsfaktors. Deswegen haben alle Verwahrer in eigenen dringenden Interesse etwaige Rückstände und Rechnungsbeträge, die in dieser Woche fällig werden, pünktlich nach im Laufe dieser Woche einzuzahlen, weil Rechnungsbeträge, die nicht rechtzeitig eingehen, mit dem am Zahlungstage gültigen Umrechnungsfaktor neu umgerechnet werden müssen. Nur so wird es möglich sein, die städtischen Werke durch die infolge des Währungsverfalls eingetretene wirtschaftliche Katastrophe hindurchzubringen.

## Wohltat — Plage.

In der heutigen Notzeit ist der Zusammenbruch solcher Einrichtungen, die als Rettungswerte für Zusammenbrechende gedacht sind, besonders schmerzhaft. Doch nach Mitteln gesucht werden muß, um diese Einrichtungen selbst zu retten, darin liegt eine große Tragik. Daß es aber Behörden gibt, die bei der Durchführung von Rettungsmahnahmen die Tragik ins Groteske zu steigern, das sollte man nicht für möglich halten. Nach § 61 des Finanzausgleichsgesetzes sollen landesweitigen Zentralstellen für die freie Wohlfahrtspflege aus Reichsmitteln angewiesene Beihilfen zu ihren Verwaltungskosten gewährt werden. Die erste Beihilfenverteilung durch das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg und von Berlin erfolgte Mitte September. Das Oberpräsidium erkannte dem Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt Berlin die Summe von 100 Millionen Mark zu. Auf eine Beschwerde gegen die Höhe dieses Betrages wurden weitere 100 Millionen bewilligt. Diese zweite Rate von 100 Millionen Mark wurde am 23. Oktober (Dollarkurs 44 Milliarden Mark) zugestellt. Angesichts der hohen Portofosten ist der Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt nicht in der Lage, dem Herrn Oberpräsidenten die Ueberweisung, wie sonst üblich, brieflich zu bestätigen. Er tut es daher auf diesem Wege in aller Öffentlichkeit. Beileide erregt dieser Vorfall auch die Aufmerksamkeit des Parlaments, vielleicht auch die des Herrn Finanzministers, der hier mit einem Federstrich eine wahre Wohltat zum Teufel.

## „Kleingeldmangel“ beim Postfachamt.

Vor dem Berliner Postfachamt spielen sich wieder Szenen ab, wie man sie in den Tagen des letzten Buchdruckerstreiks erleben. In langen Schlangen stehen die Konteninhaber oder deren Boten in der Parochiestraße bis fast an die Friedrichstraße und ein starkes polizeiliches Aufgebot ist nötig, um den Andrang derjenigen zu regeln, die vom Postfachamt Geld haben möchten — und nicht bekommen. Sobald der Postfachkunde nach langem Warten glücklich den Kassenraum erreicht hat, wird ihm dort mitgeteilt, daß Beträge unter 50 Milliarden und solche über 150 Milliarden nicht ausgehahlt werden können. Infolgedessen spielen sich erklärlicherweise recht erregte Szenen zwischen Publikum und Beamten ab.

Von der Direktion des Postfachamtes wird mitgeteilt, daß diese Zahlungsregelung notwendig sei, weil die Reichsbank nicht in der Lage sei, passendes Geld zu liefern. Die Reichsbank gäbe ausblicklich nur 50-Milliardenscheine aus, während alle anderen Sorten scheinbar „vergriffen“ sind. Diese Geldknappheit, die für jeden Inhaber eines Postfachkontos unangenehmen Verlust an Zeit und Fahrgehalt bedeutet, hat aber auch noch eine weit unangenehmere Folge. Wenn z. B. jemand auf seinem Konto nur 48 Milliarden stehen hat, so kann er das Geld erst herausbekommen, wenn durch eine neue Einzahlung die 50 Milliarden aufgefüllt sind. Das dauert einschließlich der Buchungen im günstigsten Fall drei Tage. In dieser Zeit sind die 48 Milliarden natürlich entwertet. In allen solchen Fällen trägt den Verlust lediglich der Kunde des Postfachamtes. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die sich überstürzende Entwicklung der letzten Tage die hauptsächlich an den Maßnahmen des Postfachamtes trägt, so ist doch schwer zu verstehen, daß die Reichsbank sich durch die neue Teuerungswelle wiederum auf überrollen lassen und daß es trotz der zahlreichen Notendrucken nicht möglich ist, die genügende Anzahl von 1, 5 und 10-Milliardenscheinen fertigzustellen.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde die ledige Marta Geppert verhaftet. Diese hatte lange Zeit ein Verhältnis mit einem Schächter. Am 28. September gebar sie in einer Klinik ein Mädchen. Ihr Geliebter hatte ihr versprochen, für sie und das Kind zu sorgen. Als sie jedoch aus der Klinik entlassen wurde, ließ er sich nicht mehr sehen. Bald darauf ver schwand das Kind. Die Verhaftete gibt zu, es aus Verweigerung in die Erde geworfen zu haben. Die kleine Leiche ist noch nicht gefunden, die Kriminalpolizei sucht jetzt noch ihr. Wer über den Mord etwas mitteilen kann, wird ersucht, sich beim Kriminalkommissar Dräger im Zimmer 19b des Polizeipräsidiums zu melden. Das Kind trug ein weißes Hemdchen und ein weißes Nädchen, das an den Seiten mit einer Rosenborte umhüllt ist.

Ein Liter Milch 24 Milliarden. Das Radkristenamt der Stadt Berlin teilt mit: Vom 25. Oktober ab beträgt der Preis für einen Liter Vollmilch 2 Milliarden 400 Millionen Mark, für einen Liter Magermilch 900 Millionen Mark. Die A-Milcharten werden mit 1/2 Liter, die B-Milcharten und die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit je einem halben Liter Vollmilch beliefert.

Das Bezirkswohnungsamt Friedrichshagen wird von der Großen Franzfurter Str. 137 nach Markstr. 49 verlegt. Des Umzuges für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Die polizeilichen Anordnungen, Mietverträge und Wohnungsanmeldungen werden vom 27. Oktober ab in der Markstr. 49 entgegengenommen. Die Abendgesprächstunden fallen für diese Zeit ebenfalls aus.

Eine Briefkassette mit Parzellenscheinen, Postbüchsenanteile, Scheinunterstützung, Mitgliedsliste des Leuzkirchener Vereins sowie anderen Ausweisen ist verloren gegangen. Der Finder wird dringend ersucht, sie an Walter Schall, C. 112, Schillerstr. 12, abzuliefern.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

15. Kreis Tempelhof, Marienfeld, Marienfelde und Lichterfelde! Donnerstag, den 25. Oktober, 7 1/2 Uhr. Sitzung der Bildungs-Kommission über 4 Teile im Rathaus, Marienfeld, Zimmer 26. Schreiben über Genossen unterbreiten erforderlich!
16. 10. Kreis, die Abteilungs-Konferenz! Freitag, den 26. Oktober, 7 Uhr. Im Rahmen der Kreisversammlung, Leuzkirchener, außerordentliche Mitgliedsversammlung. Thema: „Die wachsende Not und die Aufgaben der Partei.“
17. 10. Kreis, den 1. Oktober verstarb die Genossin Marie Werner, Gewerkr. 9. Die Beerdigung bei Herritsch-Polizeistation.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

17. 10. Kreis, den 1. Oktober verstarb die Genossin Marie Werner, Gewerkr. 9. Die Beerdigung bei Herritsch-Polizeistation.

	24. Oktober		23. Oktober	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs
1 holländ. Gulden	24383800	24661500	21549000	21654000
1 argent. Papier-Peso	19331000	19649000	17895000	18045000
1 belgischer Franc	81122000	81278000	27182000	27268000
1 norwegische Krone	9678750	9724250	8478750	8521250
1 dänische Krone	10872750	10922250	9645750	9724250
1 schwedische Krone	16598500	16641500	14563500	14686500
1 finnische Mark	—	—	1478900	1483700
1 japanischer Yen	—	—	27431750	27585750
1 italienische Lira	2798000	2807000	2458320	2466150
1 Pfund Sterling	284297500	286712500	249975000	250625000
1 Dollar	62842500	63157500	55860000	56140000
1 französischer Franc	8680850	8666150	8192000	8200000
1 brasilian. Milreis	—	—	5187280	5112760
1 Schweizer Franc	11271750	11328250	8975250	8924750
1 spanische Peseta	8879000	8421000	7381500	7418500
1 österr. Krone (abgezt.)	—	—	7783	7835
1 Ungarische Krone	—	—	1645575	1634125
1 ungarische Krone	—	—	8022	8110
1 bulgarische Leva	—	—	383682	386887
1 jugoslaw. Dinar	—	—	678800	681700

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Staat und das Betriebsrätegesetz.

Am 16. Oktober wurde die gesamte Belegschaft (einschließlich Betriebsrat) bei der Tiergartenverwaltung zum 31. Oktober gekündigt. Es wurden keine Gründe angegeben, noch ist gemäß § 74 BRR. längere Zeit vorher ein „Ans-Benehmen-Sehen“ mit dem Betriebsrat erfolgt. Als die Organisation hiervon Kenntnis erhielt und ein Vertreter derselben an einer Besprechung mit der Direktion zum Beschluß des Betriebsrats gemäß § 31 BRR. teilnehmen wollte, wurde demselben in aller Höflichkeit eröffnet, daß er an der Besprechung nicht teilnehmen dürfe. Als der Gewerkschaftsvertreter den Vertreter der Direktion, der Staatsbeamter ist, auf den § 31 des BRR. aufmerksam machen wollte, wurde ihm von demselben erklärt: „Dann verklagen Sie mich“, und die Handbewegung zur Tür bedeutete für den Verbandsvertreter recht deutlich, das Zimmer zu verlassen, widrigenfalls mit Hausfriedensbruch ausgearbeitet werden könnte. Die Betriebsvertretung, schon erregt durch die Art, wie man verfuhr, sie auszuscheiden, verließ daraufhin ebenfalls das Zimmer. Am nächsten Tage fand eine Betriebsrats-sitzung statt, zu der der Arbeitgeber und der Verbandsvertreter eingeladen waren. Als in dieser Sitzung der Verbandsvertreter die Gründe der unzulässigen Kündigungen darlegte, wurde ihm von dem Vertreter des preussischen Finanzministeriums, Regierungsrat Henninger, bestätigt, daß formelle Fehler gemacht worden sind, aber die Kündigungen wurden dennoch nicht zurückgenommen. Als der Verbandsvertreter nach den Gründen der Kündigungen fragte, wurde ihm erklärt, daß 12 Arbeiter entlassen werden sollen. Also wegen 12 Entlassungen werden 185 Arbeiter gekündigt, ohne daß die Betriebsvertretung auch nur einmal vor diesen allgemeinen Kündigungen gehört wird! Besser kann der scharfmacherische Unternehmer in der Privatindustrie nicht handeln. Auf einen weiteren Versuch der Organisation, im preussischen Finanzministerium zu erreichen, daß dort die Kündigungen zurückgenommen werden und dann erst gemäß § 74 BRR. in ordnungsmäßige Verhandlungen mit dem Betriebsrat eingetreten wird, erklärte sich der Ministerialrat Jochori hierzu außerstande. Was gedenkt der Herr Reichsarbeitsminister zu tun, um die Bestimmungen des BRR. in den Staatsbetrieben zur Geltung zu bringen? Staatsbetriebe sollen doch Musterbetriebe sein. Dieser Grundsatz kann aber nur durchgeführt werden, wenn Scharfmacherallüren im Staate als Arbeitgeber nicht einreifen.

## Zum Abbau in den Reichs- und Staatsbetrieben.

Die bisherigen Besprechungen zwischen den Organisationen der Beamten und Staatsarbeiter und der Reichsregierung über den geplanten Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Die Spitzenorganisationen haben der Regierung folgende Erklärung abgegeben: „Die Organisationen wiederholen die Erklärung, daß sie gegen die von der Regierung geplanten Maßnahmen die ernstesten Bedenken erheben. Nach der Auffassung der Organisation kann ein Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben erst dann vorgenommen werden, wenn durch organisatorische und gegebene Reformen die Voraussetzungen geschaffen sind. Der ungekehrte Weg beschwert in dieser schweren Zeit alle Gefahren planlos Handeln darauf, ohne die auch von den Organisationen angestrebte Gesundung des Reichshaushaltes herbeizuführen. Trotz allem haben die Organisationen den ersten Willen zur Mitarbeit bekundet. Sie haben ihrerseits Vorschläge unterbreitet, die geeignet wären, die schlimmsten Härten des Regierungsprojektes zu mildern, ohne den von der Regierung angestrebten Zweck zu vereiteln. Zu ihrem Bedauern müssen die Organisationen feststellen, daß die Vertreter der Reichsregierung den Vorschlägen der Organisationen in allen wesentlichen Punkten ihre Zustimmung verweigert haben. Bei aller Würdigung staatspolitischer Notwendigkeiten lehnen unter diesen Umständen die Organisationen die ihnen beklagten Vorschläge einstimmig ab.“

## Bureaucratismus beim Lohnsteuerabzug.

Hierzu wird uns geschrieben: „In der Woche vom 14. bis 20. Oktober ermäßigte sich der 10proz. Steuerabzug vom Lohn für Ledige um 51 609 600 M. Danach war also ein Einkommen von 516 096 000 M. steuerfrei. Ein lediger Erwerbstätiger über 21 Jahre hatte in der Woche vom 14. bis 20. Oktober in Groß-Berlin einen Anspruch auf zusammen 7200 Millionen Mark Erwerbslosenunterstützung, ein Betrag, der bei der katastrophalen Entwertung durchaus unzureichend ist. Von diesem Betrage werden selbstverständlich, und mit Recht, keine Steuern abgezogen. Man erkennt in diesem Falle ein steuerfreies Existenzminimum von 7200 Millionen Mark an. Bei einem Lohn- oder Gehaltsempfänger, der voll beschäftigt ist, aber, wie es bei sehr vielen der Fall war, beispielsweise nur 7200 Millionen verdient, werden allein an Steuern 720 Millionen Mark weniger 51 609 600 M., also 668 390 000 M. abgezogen. Dabei gehen von dem Bruttolohn dieses Arbeiters oder Angestellten noch weiter ab: Für Krankenversicherung etwa 480 Millionen, für Invaliden- oder Unfallversicherung weitere 360 Millionen Mark. — Eine Frage nebenbei: Welcher Gewerbetreibende oder selbständige Handwerksmeister hat bei den gleichen Einnahmen in der verflochtenen Woche dieselben Steuern zu entrichten? — Bei den zuständigen Stellen des Finanzministeriums scheint man dieses schreiende Mißverhältnis nicht zu sehen. Man möchte wirklich wünschen, daß die Herren, die derartige Anordnungen treffen, als Gehalt lediglich denjenigen Betrag ausbezahlt erhielten, den sie als Existenzminimum für die Lohn- und Gehaltsempfänger steuerfrei lassen.“

## Die Kollage und der BRR.

Uns wird folgender Vorfall mitgeteilt: „Laut Diktat des BRR. wird am Donnerstag dieser Woche ein Antrag in Höhe des 30fachen September-Gehaltes, abgerundet auf volle Milliarden, an die Angestellten zur Auszahlung gebracht, soweit dem keine technische Schwierigkeiten entgegenstehen. Auf eine Vorstellung bei einer zum Verband gehörenden Firma, den Angestellten bereits am Dienstag zur Berechnung auf diese Zahlung einen Vorschuß zu gewähren, ist die Antwort erteilt worden, daß der BRR. seine Verbandsfirmen unter Androhung recht erheblicher Vertragsstrafen in jedem Einzelfall der Zuwiderhandlung angewiesen habe, das Zahlen von Vorschuß abzulehnen. Es wird jedoch noch

als besonderes Entgegenkommen bezeichnet, daß der BRR. seinen Mitgliedern „erlaubt“, die Zahlung eventuell schon am Mittwoch vorzunehmen. Bemerkenswert ist hierbei, daß bei unserer Firma die technische Durchführung der Auszahlung nicht auf Schwierigkeiten stößt, da bereits ein Teil des benötigten Geldes vorhanden war.“

Hat der BRR. tatsächlich einen solchen Beschluß gefaßt, etwa mit Rücksicht auf einseitige Zahlung, die jedoch unter Berufung auf technische Schwierigkeiten keineswegs erfolgt, dann liegt hier eine Rücksichtslosigkeit vor, die von sozialer Einsicht weit entfernt ist.

## Schiedsspruch für die Berliner Presse.

Der Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der deutschen Presse forderte die Einführung werblich-fähiger Gehälter, die von den Verlegern zwar prinzipiell anerkannt, jedoch nicht erfüllt wurde. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hatte sich daher mit dieser Forderung gestern Abend zu beschließen. Er kam einstimmig zu dem Schiedsspruch, daß die Septembergehälter der Redakteure und Mitarbeiter um 25 Proz. zu erhöhen und für Oktober in genau derselben Weise aufzuwerten sind wie für die kaufmännischen Angestellten im Zeitungsgewerbe. Diese erhielten in der 1. Oktoberwoche ein Septembergehalt, in der 2. Woche vier, in der 3. Woche 12 und in der laufenden Woche 39 Septembergehälter. Die Zahlung soll bis Freitag ohne Aufforderung erfolgen. Die Redakteure haben den Schiedsspruch angenommen.

## Die Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter.

Die Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter ist nur in denjenigen Arbeitsstellen gestattet, die im Besitz einer dafür notwendigen Genehmigung des zuständigen Landarbeitsamtes sind. Die Vorprüfung zu diesen Genehmigungen obliegt dem für die Arbeitsstelle zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis. Die Reichsarbeitsverwaltung hat im Einvernehmen mit den Regierungen der Länder und nach Rücksprache mit Vertretern der landwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände die Höchstzahl der zu genehmigenden ausländischen landwirtschaftlichen Wanderarbeiter für das Gebiet jedes Landarbeitsamtes festgesetzt. Für das Gebiet des Landarbeitsamtes Berlin-Brandenburg beträgt die Höchstzahl 16 000. Für das gesamte Reich beläuft sich die Zahl der zu genehmigenden Arbeiter auf 120 380. Für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens hat die Reichsarbeitsverwaltung den Landarbeitsämtern folgende Richtlinien vorgeschrieben:

Die Zahl der im Bezirk eines Landesamtes erteilten Genehmigungen darf die vorgegebene Höchstzahl an Ausländerstellen nicht überschreiten. Für die Verteilung dieser Höchstzahl auf die öffentlichen Arbeitsnachweise ist für die preussischen Landesämter das Ergebnis der im Juni d. J. vom preussischen Herrn Minister des Innern veranstalteten Betriebskontrolle zugrunde zu legen. Als Ergänzung und dort, wo eine amtliche Betriebskontrolle nicht stattgefunden hat, ist von der Zahl ausländischer Wanderarbeiter auszugehen, die die Arbeitgeber auf ihren Genehmigungsanträgen in den Vorjahren als beschäftigt angegeben hatten.

Die Arbeitsnachweise sind anzuweisen, die für ihren Bezirk vorgegebene Höchstzahl auf keinen Fall zu überschreiten. (Falls bis zum Tage der Vorprüfung bei dem Arbeitsnachweis noch nicht alle zu erwartenden Genehmigungsanträge vorliegen oder bei der Vorprüfung über einzelne Anträge keine Einigung im Prüfungsausschuß erzielt werden kann, hat der Arbeitsnachweis eine entsprechende Zahl von Ausländerstellen zurückbehalten und sie gegebenenfalls dem Landesamt wieder zur Verfügung zu stellen.) Für die Erteilung der Genehmigungen im Rahmen der gegebenen Höchstzahl ist den öffentlichen Arbeitsnachweisen freie Hand zu lassen, wobei jedoch folgende Gesichtspunkte zu beachten sind:

Betriebe mit intensivem und umfangreichem Ackerbau sind in erster Linie zu berücksichtigen. An zweiter Stelle folgen Betriebe mit umfangreichem und intensivem Kartoffelbau. Soweit der Bedarf dieser Betriebe gedeckt und die Höchstzahl der vorgegebenen Genehmigungen noch nicht erreicht ist, können im Bedarfsfalle diejenigen Betriebe berücksichtigt werden, bei denen besondere Bodenverhältnisse, bräunliche Lage des Betriebes, die Person des Arbeitgebers oder ausländischen Arbeiters oder sonstige Gründe die Zulassung ausländischer Arbeiter rechtfertigen.

Die in den Haushalten der öffentlichen Arbeitsnachweise und den Landarbeitsämtern stehenden Mitglieder des Deutschen Wanderarbeiterverbandes haben streng darauf zu achten, daß die Richtlinien der Reichsarbeitsverwaltung beachtet werden. Zu dieser Beachtung wird die fürstliche Arbeitslosigkeit der deutschen Arbeiter. Wo deutsche Arbeiter an Stelle der ausländischen landwirtschaftlichen Wanderarbeiter beschäftigt werden können, muß die Genehmigung für die Beschäftigung dieser Arbeiter den Betrieben unterzogen werden.

## Kartellbildung im schwedischen Buch- und Zeitungsgewerbe.

Vor einiger Zeit wandte sich der schwedische Schriftstellerverein an alle Hand- und Kopfarbeiterorganisationen im Buch- und Zeitungsgewerbe mit dem Vorschlag, einen gemeinsamen Interessenverband an dem Buch- und Zeitungsgewerbe beschäftigten Hand- und geistigen Arbeiter zu bilden.

Zur Prüfung dieses Vorschlages wurde daraufhin ein von Vertretern der Verbände der Schriftsteller, Journalisten, Zeichner, Buchbinder, Buchdrucker und Lithographen zusammengesetzter Ausschuss eingesetzt, der seinen Bericht an die Organisationen abgeben hat. Die Bildung eines gemeinsamen Verbandes wird abgelehnt, weil angenommen werden muß, daß die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit innerhalb eines gemeinsamen Verbandes noch nicht vorhanden sind. Es müßte jedoch Aufgabe der in Frage kommenden Verbände und im Interesse aller sein, nach und nach die Bildung eines Kartells zwischen obengenannten Verbänden vor und erstucht die Verbände um Annahme folgender Entscheidung:

„Unter Aufrechterhaltung des Selbstbestimmungsrechts sind die Verbände zur Zusammenarbeit für die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen bereit.“

Um diese Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, wird ein Ausschuss eingesetzt, in dem jeder Verband einen Vertreter entsendet. Die Hauptaufgabe dieses Ausschusses soll informativischer Art sein und sich auf die Behandlung solcher Fragen beziehen, die die Arbeitsverhältnisse innerhalb der verschiedenen Berufe sowie das Verhältnis zwischen den einzelnen Organisationen und den Unternehmern betreffen.“

Bis spätestens 1. November sollen die Beschlüsse der Verbände in Bezug auf diese Entscheidung eingereicht sein.

In der Branchensammlung der Gärtler, Kronenschlosser und Kronenklemperer berichtete der Branchenleiter Graf über die Beschlüsse der letzten Verwaltungssitzungen. Beantragt war, daß die Vertrauensleute der Arbeitslosen zu allen Bezirkskonferenzen um-

Zutritt haben und Ausweise vom Metallarbeiterverband erhalten sollen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die Eisenarbeiter hatten den Antrag auf Streichung der Arbeitslosenunterstützung gestellt und verlangt, daß hierfür eine vollwertige Beitragsmarke gestellt werden soll. Darüber könne nur der kommende Verbandstag entscheiden. Auch die zu späteren Lohnzahlungen wurden erörtert. Obwohl meist technische Schwierigkeiten eine schnellere Auszahlung des Lohnes unmöglich machen, sei doch festgestellt, daß es nicht immer an solchen Schwierigkeiten liegt.

Die Maßregelungen der Betriebsräte müssen die arbeitenden Kollegen abwehren. Zum Punkt Tarifangelegenheiten teilte Graf mit, daß sich die Militärsektion- und BRR.-Betriebe, sowie der Konfirring immer mehr dem Tarif des BRR. nähern. Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse sei es notwendig, den Branchenfonds bis auf weiteres aufzulösen. Zum Schluß hat der Redner, im Augenblick jede Einzelaktion zu unterlassen und sich zum gemeinsamen Kampfe vorzubereiten. In der Diskussion wurde die Frage der Arbeitslosenräte lebhaft erörtert und beschlossen, daß die Vertrauensleute der Arbeitslosen, soweit sie zur Branche gehören, auch weiterhin zur Branchensammlung zugelassen werden sollen. Der Auflösung des Branchenfonds wurde zugestimmt. Mit der Mahnung, fest und treu zur Organisation zu stehen und deren Einheit zu wahren, schloß die Versammlung.

Die Vulkanwerke in Stettin wurden gestern geschlossen, da es wegen Differenzen bei den Lohnzahlungen zu Unruhen kam.

## Filmschau.

### „Der Kaufmann von Venedig“.

Es war nicht der Kaufmann von Venedig Shakespeares, den man im Mozart-Saal zur Uraufführung brachte, es war vorchristliche dort verwirklicht, daß daneben auch andere Quellen benutzt waren. Auch den ganzen Film geht ein Zweifel an. Einerseits soll das Venedig der Renaissancezeit zur Schau gebracht werden, und so lebt man denn Venedig in all seinen Glanzzeiten: den Marktplatz, den Ponte Rialto, den Dogenpalast, den Kanal Grande und die Schönheiten der schmalen Kanäle. Die Lauben fassern, und der Mann auf dem Uhrwerk läßt die Stunde an. Aber das Ganze ist etwas aufdringlich, wie wenn ein Fremdenführer die schöne Stadt erläutern würde. Andererseits ist der Stoff durch die Künsteleien der Regisseure zu sehr verflacht. Das Venedigproblem ist eine tiefenkomplexer entzweit. Das Schloßproblem verhandelt darüber läßt zu kurz, obwohl man versucht hat, sein farras Erhalten psychologisch zu motivieren, obwohl an dem Beispiele seiner Mutter gezeigt wird, wie er als Mitglied einer verachteten Rasse geküßt und verfolgt wird. Auch das fälschliche Milieu im Hause Shylock ist viel ausführlicher behandelt, als es etwa bei Shakespeares der Fall ist. Die große Szene, die Shylock sein Recht vor dem Dogen fordert, zerstückelt, da die räudliche Anordnung in dem Reigenaal zu ihrer völligen Auflösung führt. Der Darsteller Shylock, Werner Krauß, gibt ihm eine herrliche Note. Er ist weniger der Geizhals und Gerächte als der Rächer und Vorkämpfer. Aber nur zu häufig wird man hier eher an einen frauwollen Renaissancegelehrten als an einen Juden des 17. Jahrhunderts erinnert. Wie überhaupt die ganze Regie darauf ausgeht, lebende Bilder nach berühmten Gemälden der italienischen Renaissance aufzubauen. Ganz in diesen Rahmen hinein fügt sich die ewig labile und goldbesessene Porzia der Herrin Porten. Aus der Anzahl hervorragender Darstellungen machen sich doch nur wenige besonders bemerkbar. Etwas der Hofmann des Harry Dickie, der geisterte Feins von Krugon des Fred. v. Allen und etwa noch Steinrück's Jude Tuba, der wirklich Kollagearbeit.

„Seine Frau — die Unbekannte.“ Diese Jungen behaupten, daß selbst beim bestmöglichen Film das Entgegen des Manuskriptes immer ein vollkommenes sei. Und der Autor ist bei der Premiere oft der einzige, der bleibt. Dabei ist es ganz angebracht, wenn der Regisseur zugleich der Verfasser des Filmbildes ist. Diese Lösung hat auch Benjamin Christensen für „Seine Frau — die Unbekannte“ (im Laengien-Palast) angewandt. Er läßt den Film (wie es auch bei der guten Mania der Fall ist) in einem Vorpiel und danach in einer zusammenhängenden, abschließenden Geschichte abrollen. Das Manuskript hat seine Unbequemlichkeiten. Im Vorpiel beirrat ein Arbeitskollektive eine ihm unbekannt Frau. Im zweiten Teil kommt er als Seebender aus Amerika zurück und erkennt seine Frau nicht. Der Umschlag zum Hauptspiel wird ein, und es folgt ein allerliebster Verheißung. Dieses hat seine Schwächen, denn bis das Paar sich findet, will die unbekannt Frau bei dem suchenden Manne im Hause als Model und Kinderfrau in großer Gesellschaftlichkeit. Der Verheißung findet endlich in der Anwesenheit seine Frau. Es fehlt eine gewisse Straffheit, die Vollendung ist noch nicht erreicht. Aber Christensen wird seinen Film finden. Jacobson wartet mit einer vorzüglichen Photographie auf, und Hans Jacobsen sehr entsprechende Inneneinrichtungen. Die schöne und delikate M. Dagover spielt die Hauptrolle einfach vortrefflich. Ihr Partner, der junge, sehr talentierte Wladimir Fritsch ist gebärdend in seiner Natürlichkeit. Sein Gedächtnis ist duftig gefällig, man wird ihm in Zukunft wohl des öfteren im Film begegnen.

Eine Vorführung original japanischer Filme veranstaltet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 110, am Mittwoch von 10 bis 12 Uhr. Sie zeigen die letzten Aufnahmen der Bombenstöße und Städte, die jüngst von Erdbeben betroffen sind, vor der Zerstörung. Bei rechtzeitiger Anmeldung kann einer beschränkten Zahl von Teilnehmern noch Einlass gewährt werden.

„Der Schalk“, der bei seiner Vorführung ausführlich gewürdigt wurde, gelangt jetzt in Theater am Kolonnenplatz zur öffentlichen Schau. Er ist ein der besten Beispiele eines Films ohne Text und darüber hinaus eines Films, der sich nicht in der Nachahmung der glatten Wirklichkeit erschöpft, sondern Phantasie und Gefühl mit seinen weitestgehenden Wohlüberlegungen und künstlerisch ausgedehnten Mitteln erregt. Der Regisseur Robinson und die Darsteller Kärner, Weber, Granoth, Wangenheim wirken in enger Harmonie zusammen. Wer erfahren will, was der Film als besonderes Kunstwerk zu leisten vermag, der sehe sich diese spannende und mit großen artistischen Reizen arbeitende „Kollage“ an.

Junge Varian. Dieser neue Henry-Vorleser-Film der USA land in den Kammerlichtspielen am Potsdamer Platz seine Uraufführung. Es handelt sich um einen guten Sublimationsfilm, zu dessen Gestaltung die Darsteller Henry Varian, Paul Otto, Ressel Orfa, Vladimir Bronski, Paul Carlen, der Regisseur Hans Steinbock und der Photograph Delmar Verdoh das Ihre beitrugen. Carl Volkmann ist für das Kunstlicht verantwortlich. Er läßt Ange Varian, eines Älteren Tochter, auf dem Umweg über die Ehe mit einem Baron, die glückliche beginnt und traurig endet, ihren Augenblick heiraten. Ludwig Kärner, der für die Bauten und die künstlerische Ausstattung zeichnet, ist gleich den übrigen Mitwirkenden lobend zu nennen. Am ganzen Film waltet ein feiner Geizhaas. Besonders sind die Szenen, aber auch das fälschliche Reicherthum, in das man sich als großhändler, abgepasster Mensch verdrängen möchte, ist vorzüglich getroffen. Bis ein Schiff in Not ist, verläßt freilich die Rettungsaktion bei zu gemächlichem Wasser. Sonst jedoch hat man es verstanden, die Natur zur Illustration des Menschenschicksals zu benutzen. Es ist eine tüchtige Arbeit geleistet worden, die sich selbst rühmt.

Am Programm zeigt man die „Königin der Seerosen“, es wird ein Blumenmünder durch das Wunder des Films (Zelttraum-nahme) erschaffen.

Bevorzugt für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Salten; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeiten: Dr. John Schilowski; Kollage und Collagen: Fritz Rappelt; Anzeigen: H. Gieseler; Ähnlich in Berlin. Verlag: Bornheim-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornheim-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 7.

**Drei billige Serientage in Damenufer**  
Donnerstag, Freitag u. Sonnabend.  
Serie I Entzückende Flauschmäntel 78 Mill.  
Serie II Entzückende Flauschmäntel 82 „  
Serie III Übergangsmäntel . . . . . 80 „  
Außerdem reichhaltiges Lager in Affenhaut-, Eskimo-, Astrachanmänteln, in allen Preislagen vorräthig.  
Besonders billig! Ein Posten reinwoll. Kammgarnkleider.  
Ein Posten Kindermäntel.  
Nur so lange Vorrat reicht! — Anzahlung gestattet!  
Kuschel, Reimickendorfer Str. 13

**BÜCHER GESUCHT**  
Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.  
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT  
W. 15, Sächelsche Str. 7 — Pfalzberg 5140  
**Zahngebisse**  
Gold-, Silber-, Platin-Bruch sowie  
Schneider & Sohn  
an der Friedrichstraße

**Millarden sparen Sie**  
bei ERICH SCHULZ  
Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 22a  
an der Weichselstr.  
Für den Winter: Strumpfwäse, Kleiderstrümpfe, Trikots, Kinderschwämme, Wollwaren, Damen-Schlüpfen, Wolle, Nähgarn.  
Bettstellen  
Ulcomobelfabrik Suhl (Thüringen)

**Alle Zahngebisse**  
pro Zahn von 1, 2, 3, 4, 5, 6 Millarden  
bis 80 Millard, zahltd. Juwelenschm.  
Max Skigin SW, Friedrichstr. 24, Laden  
**Erfolg**  
haben Ingerate  
Vorwärts

**Wirklich gut und preiswert kaufen Sie noch im Volksschuhhaus**  
(L. Haus des Neuen Volkstheaters)  
**ISMA** Köpenicker Straße 68  
**Riesige Auswahl**  
in schwarz, u. farbig, Herren- u. Damenstiefeln sowie Hausschuhen, Kinderstiefeln, Leinenschuhen und Sandalen.